

Die friedenspolitischen Baustellen der Europäischen Union

Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union wirkt das EU-Parlament als Gesetzgeber und entscheidet über den Haushalt. Zudem haben die Abgeordneten die wichtige Aufgabe, die politische Arbeit von Rat und Kommission zu kontrollieren. Die folgenden friedenspolitischen Themen werden in den nächsten Jahren ausschlaggebend sein.

Strategie für zivile Friedensförderung

Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bündeln die EU-Staaten militärische, polizeiliche und zivile Mittel. Unter anderem mit der militärischen »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO). Ein eigenes EU-Militärbudget gibt es nicht, doch über Posten

wie den Verteidigungsfonds fließen Milliarden in die Rüstungsproduktion. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wird die GSVP ausgebaut; der neue *Strategische Kompass* sieht eine massive Aufrüstung der Mitgliedsstaaten vor. Immer wieder steht auch die Idee einer EU-Armee im Raum.

Derzeit legt die EU noch einen klaren Fokus auf humanitäre Hilfe sowie zivile Maßnahmen für Prävention und Friedensförderung. Es wird eine zentrale Aufgabe für das neue EU-Parlament sein, diese wichtigen Programme auszubauen und auch im Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 angemessen zu finanzieren. Eine verbindliche Perspektive für beitragswillige Länder auf dem Balkan und in Osteuropa kann dazu beitragen, die Konflikte in diesen Regionen zu entspannen. Zudem gilt es, kluge Ant-

Der Plenarsaal
des Europäischen
Parlamentes in
Brüssel
Foto: Simon
Bödecker



Europawahl 2024

Friedenspolitik wählen!



Ohne Rüstung Leben bietet vielfältige Aktionen, Wahlprüfsteine und friedenspolitische Analysen der Wahlprogramme zur Europawahl 2024 an.

www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024

worten auf die Krise der europäischen Diplomatie und der OSZE zu finden. Was Europa braucht, ist eine klare und wirksame Strategie für Diplomatie, Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung, die zielgerichtet auf die aktuellen Krisen reagiert, ohne dem Ruf nach mehr militärischer Verteidigung und Geopolitik zu verfallen.

Nukleare Abrüstung stärken!

Formal ist die EU für Fragen der atomaren Bewaffnung nicht zuständig. Doch Europa gehört zu den Weltregionen, in denen die Gefahr eines Atomkrieges am größten ist. In der Vergangenheit hat die EU daher eine wichtige Rolle dabei gespielt, die multilaterale Rüstungskontrolle voranzubringen. Das EU-Parlament bietet einen Raum, in dem Atomwaffenstaaten wie Frankreich, Teilhabestaaten wie Deutschland und Staaten des Atomwaffenverbotsvertrages wie Irland den Dialog über atomare Abrüstung neu beginnen könnten. 2016 empfahl das Parlament allen Mitgliedsstaaten, sich an den Verhandlungen über das UN-Atomwaffenverbot zu beteiligen. Diese Empfehlung gilt es jetzt zu erneuern.

Menschenwürdige Asylverfahren sicherstellen

Bei ihrer Flucht vor Krieg, Dürren und Elend sind in den letzten 10 Jahren mehr als 28.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Doch anstatt dem Sterben ein Ende zu setzen, rüsten die EU-Staaten menschenrechtsverletzende Regime auf und schotten sich selbst weiter ab. 2023 beschlossen sie eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asyl-

systems (GEAS) mit gravierenden Folgen für Geflüchtete: Ein Großteil von ihnen soll künftig das gesamte Asylverfahren isoliert in Lagern durchlaufen – auch Familien mit Kindern! Zudem sollen deutlich mehr Drittstaaten als »sicher« erklärt werden, um Geflüchtete direkt dorthin abschieben zu können.

»Dadurch wird es vermehrt zu Menschenrechtsverletzungen wie brutalen Pushbacks kommen und geflüchtete Menschen werden zunehmend entrechtet«, warnt Pro Asyl. Die Einreiseländer an den EU-Außengrenzen sollen weiterhin für die Asylverfahren zuständig sein – auch künftig werden die Geflüchteten also ungerecht verteilt und Länder wie Griechenland, Italien oder Ungarn unnötig überfordert. Das EU-Parlament muss sich dafür einsetzen, dass jeder Mensch ein faires und menschenwürdiges Asylverfahren erhält und dass sich die EU-Politik nicht länger gegen Geflüchtete richtet, sondern Fluchtursachen wirkungsvoll bekämpft.

Rüstungsexport: Kriterien konsequent umsetzen!

An vielen Rüstungsprojekten sind verschiedene EU-Staaten beteiligt. Auch um den Export solcher Waffen zu regeln, hat die EU einen verbindlichen *Gemeinsamen Standpunkt für Rüstungsexporte* beschlossen. Dieser wird jedoch nicht von allen Staaten gleichermaßen befolgt; Verstöße können nicht geahndet werden! Die Diskussion über den Verkauf von Eurofightern an Saudi-Arabien zeigt plastisch die Folgen: Einzelne Regierungen und die Rüstungsindustrie üben Druck auf andere EU-Staaten aus, den Export gemeinsam produzierter Rüstungsgüter zu genehmigen. Das muss das EU-Parlament ändern und sich für eine Verschärfung sowie konsequente und einheitliche Umsetzung der europäischen Rüstungsexport-Kriterien einsetzen.

Simon Bödecker und Niels Dubrow, Januar 2024

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.